

CDU tritt bei IGS auf die Bremse

„Weitere Schulausschusssitzung notwendig“

ACHIM ■ Die CDU-Fraktion im Stadtrat stellt den Start der Integrierten Gesamtschule (IGS) in Achim 2014 infrage und bemängelt auch das Vorgehen von SPD, Grünen und WGA in dieser Angelegenheit. Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Lichter und sein Stellvertreter Rainer Ditzfeld sehen sogar einen Rechtsverstoß.

Vor der für Donnerstag, 2. Mai, anberaumten Ratssitzung zur IGS müsse der Schulausschuss tagen, fordern sie. Denn das Thema „Elternbefragung durch die Stadt Achim“ bedürfe noch

sicherung nicht möglich);

4. Vorstellung aller möglichen Schulformen bei den Infoveranstaltungen (nicht nur IGS!);

5. Start der IGS in den Räumen der Hauptschule;

6. Planung der IGS mit nur einem Schulbezirk (Stadt Achim).“

Lichter und Ditzfeld begründen ihren Vorstoß damit, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende Herfried Meyer in der jüngsten Schulausschusssitzung am 12. Februar angeregt habe, in einer für den 11. März angesetzten Folgesitzung „weitere verbindliche Informationen zur Einrichtung einer IGS zu nutzen“. Leider sei diese Sitzung ohne Begründung abgesetzt worden. Die derzeitige Entscheidungsfindung laufe in einer nicht öffentlichen politischen „Arbeitsgruppe IGS“ von SPD, Grünen und WGA ab, an der die CDU, FDP und Linke nicht beteiligt würden.

Die notwendige Diskussion im zuständigen Fachausschuss sei somit verhindert beziehungsweise unterlaufen worden, behaupten die Christdemokraten. Denn ein Meinungs austausch mit allen Schulausschuss-Mitgliedern (stimm berechtigte Schüler-, Eltern- und Lehrervertreter) über die Gestaltung, Elternbefragung, Räumlichkeit und Größe einer IGS habe gefehlt.

„Nach unserem Erachten liegt hier ein Verstoß laut dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz vor, weil eine Fach- und eine Verwaltungsausschusssitzung vor einem Beschluss im Rat zwingend notwendig sind“, urteilen Karl-Heinz Lichter und Rainer Ditzfeld. ■ mm

- ANZEIGE -

Heizöl & Holzpellets
Geprüfte Sicherheit durch das RAL-
Gütezeichen Energiehandel
MÜHLENBRUCH STINNES
Telefon (04 21) 42 00 71

der eingehenden Erörterung. Die CDU-Fraktion hat deshalb in einem Schreiben an Bürgermeister Uwe Kellner beantragt, dass die Stadt umgehend eine Zusammenkunft des Fachausschusses terminiert.

In dieser Sitzung sollten laut Lichter und Ditzfeld folgende Punkte erörtert werden: „1. Erarbeitung eines objektiven Fragebogens auf Grundlage des Vorschlages des Landkreises Verden (das heißt, alle Schulformen können gewählt werden);

2. Begrenzung der IGS auf eine maximale Vierzügigkeit (das heißt, das vorhandene funktionierende Schulangebot sollte nicht gefährdet werden);

3. Einführung der IGS zum Schuljahr 2015/2016 (das heißt, nach Aussagen der Landesschulbehörde und dem Schulleiter der IGS Oyten ist eine frühere Real-